

Hansestadt Lüneburg
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 18. Dezember 2025

Anfrage zum Erhalt von Arbeitsplätzen am Jungheinrich-Standort und fehlender Einbindung der IG Metall

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

in der Dezember-Sitzung des Rates der Hansestadt Lüneburg teilte die Oberbürgermeisterin mit, dass sie sich für die Belegschaft und den Erhalt des Jungheinrich-Standortes in Lüneburg einsetze. In diesem Zusammenhang wurde ausgeführt, dass in Gesprächen mit Vertreter*innen des Jungheinrich-Konzerns die Zusage gemacht worden sei, das Engineering am Standort Lüneburg zu erhalten. Konkret wurde benannt, dass 140 von derzeit rund 380 Arbeitsplätzen in einem Engineering-Center auf städtischem Gebiet verbleiben sollen.

Diese Aussagen stehen im deutlichen Spannungsverhältnis zur aktuellen Situation vor Ort: Bislang hat es nach Kenntnisstand weder verbindliche Gespräche zwischen der Unternehmensleitung und der IG Metall noch mit der Belegschaft gegeben. Gleichzeitig befinden sich die Beschäftigten in einem Arbeitskampf, da weiterhin erhebliche Unsicherheit über die Zukunft des Standorts besteht.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Handelt es sich bei der genannten Zahl von 140 Arbeitsplätzen um eine verbindliche Zusage des Jungheinrich-Konzerns oder lediglich um eine unverbindliche Absichtserklärung?
2. Liegt der Stadt Lüneburg hierzu eine schriftliche Bestätigung, Vereinbarung oder sonstige belastbare Grundlage des Unternehmens vor?
3. Bezieht sich die Aussage auf einen dauerhaften Erhalt dieser Arbeitsplätze in Lüneburg oder lediglich auf eine zeitlich befristete Übergangslösung?
4. Welche konkreten Informationen liegen der Stadtverwaltung zu dem geplanten Engineering-Center vor (u. a. Zeitraum, Standort, Aufgabenbereiche, Beschäftigtenzahl)?

5. Wie erklärt die Stadtverwaltung, dass einerseits von Zusagen zum Erhalt von Arbeitsplätzen gesprochen wird, andererseits jedoch bislang keine Gespräche zwischen der Unternehmensleitung und der IG Metall sowie den Beschäftigten geführt wurden?
6. Wie bewertet die Stadtverwaltung diese Aussagen vor dem Hintergrund des erklärten Ziels, den Standort Lüneburg insgesamt zu erhalten?

Angesichts der großen Verunsicherung der Belegschaft, der laufenden Streikmaßnahmen und der erheblichen wirtschaftlichen Bedeutung des Standorts für die Region ist eine transparente, belastbare und öffentlich nachvollziehbare Darstellung der tatsächlichen Zusagen des Unternehmens zwingend erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen



Die Linke